

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903**

11.12.1903 (No. 341)



# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 11. Dezember.

№ 341.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einzugsgehalt: die gepaltene Petition oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsentwürfe werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung.

1903.

## Ämtlicher Teil.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich** unter dem 4. Dezember d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Hauptmann a. D. und Schriftsteller August Brause in Friedenau bei Berlin das Ritterkreuz erster Klasse Sächsisches Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staats-eisenbahnen vom 4. Dezember d. J. wurde Betriebs-assistent Karl Steinle in Leopoldshöhe nach Freiburg berufen.

## Nicht-Ämtlicher Teil.

### Ostasiatische Ueberraschungen.

\* Heute, Donnerstag, den 10. Dezember, findet die Eröffnung des japanischen Parlaments statt. Sie hätte schon am 8. Dezember erfolgen sollen. Die Gründe für die Vertagung sind jetzt bekannt: Rußland hat mit China einen Vertrag geschlossen, durch den das ursprüngliche Abkommen, betreffend die Stellung der Mandchurei, wieder hergestellt wird. Der Kaiser von China behält die nominelle Souveränität über diese Provinz, während Rußland der faktische Herrscher derselben wird. Dies war offenbar bereits am 7. Dezember in Tokio und Yokohama bekannt, und darum wurde die Eröffnung der Kammer vertagt. Die japanische Regierung wollte sich zuerst von dem überraschenden Schlag, den die russische Diplomatie gegen die Suprematiegelüste Japans in Ostasien führte, erholen und sich über Gegenmaßnahmen klar werden, bevor das Ministerium den Volksvertretern gegenüber trat.

Die plötzliche Wendung, die mit dem neuen russisch-chinesischen Vertrag in der ostasiatischen Lage eintrat, kommt übrigens genauen Beobachtern der dortigen Vorgänge nicht ganz unerwartet. Die Verzögerung der russischen Antwort auf die letzte japanische Antwort wegen der Räumung der südlichen Mandchurei und Koreas und wegen der Eröffnung des Hafens von Jongsampho für den allgemeinen Verkehr ließ voraussehen, daß in St. Petersburg eine Ueberraschung im Werke sei. In der Tat sind die Russen, anstatt die Mandchurei zu räumen, in letzter Zeit immer mehr nach Süden vorgedrungen. Sie haben Mukden wieder besetzt, die dortigen chinesischen Truppen vertrieben und die vorgefundenen Kanonen den Chinesen abgenommen; sie haben Haifeng, südlich von Mukden, okkupiert und sich überhaupt darauf eingerichtet, in der südlichen Mandchurei und in Nutschwang zu überwintern. Daß sie gleichzeitig aus Port Arthur im Kwantung-Gebiet einen Waffenplatz ersten Ranges gemacht und dort zahlreiche Land- und Seestreitkräfte konzentriert haben, ist aus früheren Meldungen bekannt. Wenn gleichzeitig aus Peking telegraphiert wurde, es sei ein kaiserliches Edikt zur Reorganisation der chinesischen Armee auf nationaler Grundlage erlassen worden, so mußte dies überall Geistesruhe hervorrufen. Jetzt, da die russischen und japanischen Streitkräfte sich bereits gegenüberstehen, soll erst eine Kommission zusammentreten, bestehend aus dem Prinzen Tsching, dem Vizekönig von Petchili, Quanschikai, und aus Mandchu-Beamten, die über die Reorganisation der Truppenkörper aller Provinzen auf nationaler Grundlage bei möglichst gleichmäßiger Bewaffnung, Ausrüstung und Gliederung zu beraten hätte. Quanschikai habe nach Tientsin, der Hauptstadt von Petchili, telegraphiert, daß der Thron ihn soeben zum Höchstkommandierenden des kaiserlichen Heeres und der kaiserlichen Flotte mit dem höchsten Range in China befördert habe. Dieses Edikt beweist wieder, welche Stilllosigkeit in Peking stets in großen und entscheidenden Momenten herrscht. Aus Peking telegraphieren ist zu ersehen, daß man zuerst die Absicht hatte, Rußland gegenüber Widerstand zu leisten, und daß man dann, als man dies als unmöglich erkannte, die Unterstützung der bereuendeten Mächte, Amerika, Japan und wohl auch England, in Anspruch nehmen wollte. Die Angerufenen hatten aber taube Ohren, und so war China gezwungen, sich vor Rußland zu beugen und die Kosten der diplomatischen Kampagne zu bezahlen, welche die Peking Regierung

auf Anraten und im Interesse der „guten Freunde“ gegen das St. Petersburger Kabinett eröffnet hatte. Es bleibt nur noch Japan allein als Widersacher Rußlands auf dem ostasiatischen Plane. Nach dem Abkommen, das China mit Rußland geschlossen hat, dürfte der Regierung des Mikado wohl kaum etwas anderes zu tun übrig bleiben, als sich in die durch ein neues Abkommen zwischen Rußland und China sanktionierte Lage zu fügen und sich mit dem St. Petersburger Kabinett über Korea zu verständigen, denn England wird Japan trotz des bestehenden Allianzvertrages kaum in anderer Weise als moralisch unterstützen. Die russische Regierung wird den Japanern in Korea gewiß goldene Brüden bauen und insbesondere ihnen die „offene Tür“ im Hafen von Jongsampho konzessionieren, die bekanntlich auch von Amerika und England gewünscht wird. In der Mandchurei hat aber Japan das Spiel verloren, und die Regierung von Tokio wird kaum auf ihrer ursprünglichen Bedingung der Räumung der südlichen Mandchurei beharren können. Diese Frage ist gegenstandslos, sie erscheint durch das neueste Abkommen gelöst, und Rußland würde es eher auf einen Krieg ankommen lassen, als den Rückzug aus der Mandchurei antreten.

(Telegramme.)

\* Tokio, 10. Dez. In der Thronrede, mit welcher der Kaiser heute vormittag das Parlament eröffnete, sagte er über die gegenwärtige politische Lage nur folgendes: Meine Minister führen zurzeit mit Klugheit und Umsicht wichtige internationale Verhandlungen zur Wahrung des Friedens in Ostasien, sowie der Rechte und Interessen Japans.

\* Tokio, 9. Dez. Ein starkes russisches Geschwader von 8 Schiffen, darunter zwei Schlachtschiffe, befindet sich bei Tschemuipo, wie vermutet wird, um dem von russischer Seite erhobenen Einspruch gegen die geplante Öffnung Jongsamphos größeren Nachdruck zu verleihen. Es verlautet, die Russen hätten gedroht, 3000 Mann zu landen, die nach Seoul marschieren sollten, wenn Korea die Warnung mißachtete.

### Zur badischen Landtagswahlreform

schreibt die „Südd. Reichskorr.“:

Die Großh. Regierung hat ihr während der letzten Landtagssession gegebenen Versprechen, den Ständen in der nächsten Session einen Gesetzentwurf über die Einführung des unmittelbaren Wahlverfahrens beiden Landtagswahlen vorzulegen, mit den der Zweiten Kammer überreichten Vorlagen, betreffend die Aenderung der Verfassung, das Landtagswahlgesetz und die Wahlkreis-einteilung, eingelöst.

Die Zweite Kammer hat auf ihrer letzten Sitzung durch Annahme eines Initiativantrags ihrem Wunsche, daß bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts das indirekte Wahlverfahren durch das unmittelbare ersetzt werde, Ausdruck gegeben — der jetzt vorliegende Gesetzentwurf beweist, daß auch die Regierung der Zweiten Kammer den Charakter der „reinen Volkskammer“ erhalten wissen will. Sie hat davon abgesehen, durch Neuerteilung des Wahlrechts an Interessensvertretungen — seien es rein wirtschaftliche oder solche der Selbstverwaltung — ein Gegen-gewicht gegen die durch das allgemeine, gleiche und unmittelbare Wahlrecht zum Ausdruck kommenden politischen Anschauungen der Wähler zu schaffen. Man wird vielleicht nicht überall im Lande dieses Entgegenkommen der Regierung freudig begrüßen; denn wenn auch in allen politischen Lagern Einigkeit darüber obwaltet, daß es nicht mehr möglich ist, das Institut der Wahlmänner aufrechtzuerhalten, so gab es und gibt es doch sehr ernste Wählerkreise, die die Mißstände, welche ein schrankenloses Wahlrecht im Gefolge hat, nicht leicht nehmen. Gewiß wird es in allen bürgerlichen Parteien als ein Mißstand empfunden, daß einige unserer großen Städte, die Zentren wirtschaftlicher und geistiger Interessen, dank der ziffermäßigen Uebermacht sozialdemokratischer Stimmzettel, im Reichstage durch Abgeordnete einer Partei sich vertreten lassen müssen, die sich selbst als eine Klassenpartei und entschlossene Gegnerin unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung bezeichnen. Wenn trotzdem die Großh. Regierung in dem Augenblicke, in dem sie sich ansetzt, die heilsumtrittene direkte Wahl aus dem Bereich öffentlicher Erörterung zu entfernen und zur vollendeten Tatsache werden zu lassen, schwerwiegende Bedenken hintanzusetzt und die „reine Volkskammer“ gewährt, so beweist sie, daß sie die Lösung der Wahlfrage auf der von der Zweiten Kammer selbst gekennzeichneten Grundlage herbeizuführen bemüht ist.

Was die Großh. Regierung, soweit zunächst die Zweite Kammer in Betracht kommt, vorschlägt, gibt keinen Anlaß zu langen Auseinandersetzungen. Das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht erfährt keine Einschränkung. Wahlberechtigt sind alle Staatsangehörigen mit vollendetem 25. Lebensjahre, die im Großherzogtum wohnen. Wer erst in Zukunft die Staatsangehörigkeit erwirbt oder seinen Wohnsitz im Großherzogtum nimmt, wird nach Ablauf von zwei Jahren wahlberechtigt. Zu den bereits gesetzlich feststehenden Bestimmungen über das Ruhen des Wahlrechts, kommt die Vorschrift, daß (ähnlich wie beim allgemeinen Wahlrecht in den badischen Gemeinden) das Wahlrecht auch dann nicht ausgeübt werden darf, wenn der Wahlberechtigte in dem der Wahl vorausgegangenem Jahre veräußert hat, seine Steuerpflicht gegen Staat oder Gemeinde zu erfüllen. Es liegt auf der Hand, daß es sich hier nur um eine vorübergehende Einschränkung des Wahlrechts handelt. Die in einem Teile der Presse aufgetauchte Behauptung, die Regierung plane die Einführung eines Zensus, erweist sich jetzt, wo der Gesetzentwurf vorliegt, als eine falsche, auf Stimmungsmache berechnete. Daß die Großh. Regierung das Prinzip der absoluten Mehrheit für die erste Wahl beibehält, dagegen die relative Mehrheit für eine eventuelle zweite Wahl als ausreichend erachtet und damit die Einrichtung der Stichwahl abschafft, entspricht ebenso sehr allgemeinen Wünschen, wie der in Aussicht genommene Wegfall der bisherigen teilweisen Erneuerung der Zweiten Kammer, an deren Stelle die vierjährige Gesamt-erneuerung treten soll.

Einen Ausgleich der durch die Einführung des direkten Wahlverfahrens möglichenfalls eintretenden Mißstände versucht die Großh. Regierung durch eine Um-bildung der Ersten Kammer zu schaffen, indem die Zahl der seither vom Landesherrn ernannten Mitglieder von 8 auf 10 erhöht wird und 7 gewählte Mitglieder zu den bisherigen hinzutreten sollen. Diese letzteren sollen sein: ein Abgeordneter der Technischen Hochschule (bisher ernannte der Großherzog einen Vertreter der Technischen Hochschule, während die beiden Landesuniversitäten gesetzlich das Recht der Wahl zweier Vertreter bereits besitzen), drei Abgeordnete der Handelskammern, zwei der Landwirtschaftskammer und einer der Handwerkskammern. Unter den von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog ernannten Mitgliedern sollen sich vier aus der Zahl der Oberbürgermeister und Bürgermeister der Gemeinden von mehr als 3000 Einwohnern oder der Vorsitzenden der elf Kreis-Ausschüsse befinden. Daß durch diese Verstärkung der Zahl ihrer Mitglieder die Erste Kammer modernen Anschauungen gemäß reorganisiert wird, liegt klar zutage. Die Großh. Regierung nimmt hieraus Veranlassung, auch eine Erhöhung der Zahl der Abgeordneten zur Zweiten Kammer vorzuschlagen, und zwar von 63 auf 70, wovon die 13 Städte künftig 25 statt 20, und die übrigen Wahlkreise 45 statt 43 zu wählen haben werden. Diese Vermehrung der Abgeordnetenmandate bedingt eine Aenderung der Wahlkreis-einteilung, wobei der wiederholt in der Zweiten Kammer geäußerte Wunsch erfüllt wird, die Wahl in den mehrere Abgeordnete in die Volksvertretung entsendenden Städten nicht mehr, wie seither, auf einem Zettel (also in einem, die ganze Stadt umfassenden Wahlbezirk) zu vollziehen, sondern in soviel Bezirken zu wählen, als Abgeordnete zu wählen sind. Auf diese Weise wird der Grundsatz der Einzelwahl im ganzen Lande einheitlich durchgeführt.

Daß mit der Verstärkung der Ersten Kammer eine Erweiterung ihres Arbeits- bzw. Rechtsgebieten verbunden wird, ist begreiflich; sie liegt in einer Neuordnung ihrer Mitwirkung bei der Feststellung des Staatshaushalts, und läßt sich kurz dahin kennzeichnen, daß der Ersten Kammer künftig, ähnlich wie in Preußen, Sachsen, Württemberg, Bayern und Baden die Befugnis zur Prüfung der Finanzvorlagen im einzelnen zugesprochen werden soll. Wie wenig damit eine Einschränkung der Budgetvorrechte der Zweiten Kammer beabsichtigt sein kann, erhellt daraus, daß bei der im Falle einer Nichtgenehmigung beider Kammern erfolgenden Gesamtabstimmung die Zweite Kammer fast doppelt soviel Stimmen abgibt, als die

(Mit einer Landtagsbeilage.)



Erste. Formell und sachlich werden übrigens die Vorrechte der Zweiten Kammer durch die Bestimmung außer Zweifel gestellt, daß auch in Zukunft alle auf Finanzgegenstände bezüglichen Vorlagen zuerst der Zweiten Kammer zugehen, daß bei den aus budgetären Meinungsverschiedenheiten hervorgehenden gemeinsamen Kammerfahrungen der Präsident der Zweiten Kammer den Vorsitz führt und im Falle von Stimmgleichheit den Ausschlag gibt.

Die Verstärkung der Mitgliederzahl der Ersten Kammer und die Berufung bzw. Erwählung von Vertretern wirtschaftlicher und Selbstverwaltungskörper in die Erste Kammer entspricht so sehr vielfach geäußerten Wünschen der Zweiten Kammer, daß darin eine Klippe, an der die Verständigung zwischen Regierung und Zweiter Kammer scheitern könnte, nicht erblickt werden kann. Auch die Erweiterung der Mitwirkungsbefugnisse der Ersten Kammer bei der Feststellung des Staatshaushalts kann ernstlich nicht als stichhaltiger Grund einer Ablehnung der Regierungsvorlage in Frage kommen. Man ist sich innerhalb der Kammerfraktionen der bürgerlichen Parteien unzweifelhaft bewußt, daß eine Verfassungsrevision nur durch das einträchtige Zusammenwirken aller hierzu berufenen Faktoren zustande kommen kann. Seit langen Jahren steht die Einführung des unmittelbaren Wahlverfahrens auf dem Programm der Parteien; die Lösung dieser Frage ist, wenn gleich auf andere Weise, als jetzt vorgeschlagen wird, auch von den Männern, die bis vor wenigen Jahren mit der Leitung der Staatsgeschäfte betraut waren, als erstrebenswertes Ziel betrachtet worden. Jetzt tritt die Großh. Regierung mit Gesetzesentwürfen vor die Zweite Kammer, die geeignet sind, die Angelegenheit im gegenseitigen Einverständnis zum Ende zu führen, weil sie sich auf der Grundlage aufbauen, welche die Zweite Kammer selbst geschaffen hat. Wir möchten nicht daran zweifeln, daß beide Kammern der Ständeverammlung vom besten Willen befehle sind, die Frage des unmittelbaren Wahlverfahrens, die lange genug die Öffentlichkeit beschäftigt hat, zum allgemeinen Besten zu lösen.

### Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

\* Berlin, 9. Dezember.

Schatzsekretär Frhr. v. Stengel bedauert, daß es ihm nicht vergönnt sei, mit einem erfreulichen Etat zu debütieren. Sein Amtsvorgänger habe im vorigen Jahre den Fehlbetrag für 1902 auf 30 Millionen, vielleicht noch höher, geschätzt. Der gegenwärtige Fehlbetrag von 30 728 000 M. hat seinen Grund mehr in einem Rückschlag der Einnahmen, als in einem Mehrbedarf der Ausgaben. Die Mehrausgaben betragen 8 1/2 Millionen Mark. Der Einnahmeausfall beträgt 22 Millionen und ist hauptsächlich hervorgerufen durch den Ausfall bei der Zuckerversteuerung mit 17 Millionen, und beim Bankwesen mit 9 Millionen. Der Ausfall bei der Zuckerversteuerung hat seinen Grund in unvorhergesehenen Ausgaben von Prämien. Bei dem schwierigeren Teil meiner Aufgabe muß ich die Schätzung des mutmaßlichen Ergebnisses für das laufende Jahr 1903 abgeben auf Grund der Ergebnisse der ersten sieben Monate des laufenden Jahres. Mit allem Vorbehalte glaube ich, daß das Jahr 1903 mit einem Fehlbetrag von über 20 Millionen, voraussichtlich sogar 30 Millionen, abschließen wird, auch hier infolge von Ausfällen bei den Einnahmen. Diefem Ausfalle stehen Mehreinnahmen von 18 Millionen gegenüber, so daß immerhin eine Gesamtminibereinahme von 12 Millionen verbleibt. An Mehreinnahmen sind zu erwarten 2 1/2 Millionen von der Salzsteuer, 1/2 Million von der Brennsteuer, 3/4 Millionen bzw. 6 Millionen von den Betriebsüberschüssen der Post und Eisenbahn. Trotz äußerster Sparanmaßt hat der diesjährige Etat nicht ohne wiederholte Erhöhung der Matrifularbeiträge und nicht ohne namhafte Anleihe abgeschlossen werden können. Die Zuschußanleihe beträgt jetzt 59 1/2 Millionen. Der auf den Etat für 1903 zu übernehmende Fehlbetrag stellt sich um 18 Millionen höher als der jetzt zu übernehmende Fehlbetrag. Während 1903 der Fehlbetrag auf das Ordinarium, ist er jetzt auf das Extraordinarium gelegt. Der immerhin sich noch ergebenden Mehrausgabe von 51 Millionen steht eine Einnahmeerhöhung von nur 15 Millionen gegenüber. Redner gibt hierauf eine ausführliche Uebersicht über den Stand und die Unterbilanz des Invalidentfonds auf Grund der neueren Gesetzgebung betreffend die Veteranenbeihilfen. Das Gehalt der geringstbesoldeten Unterbeamten konnte von 700 auf 800 M. erhöht werden. Die Zuckerversteuerung mußte gegen das Vorjahr um 8 1/2 Millionen, die Reichsbahnsteuer um 5 1/2 Millionen herabgesetzt werden. Mehrausgaben sind zu erwarten im Betrage von 31 Millionen bei der Marineverwaltung, beim Reichsheer nur von 3 1/2 Millionen. Eine Neuregelung der Friedenspräsenzstärke ist für dies Jahr nicht in Aussicht genommen, dagegen wird die vorjährige Forderung auf Besoldungserhöhung der Oberleutnants wiederholt, ebenso wird eine den erhöhten Dienstansforderungen entsprechende Besserstellung der Unteroffiziere verlangt. Der Anleihebetrag für 1904 beträgt 214 1/2 Millionen. Bei der Besserung in Handel und Industrie in den letzten Monaten wird bei den Zolleinnahmen vielleicht auf eine weitere Erhöhung zu rechnen sein. Nach völliger Ueberwindung der augenblicklichen wirtschaftlichen Krise und nach Inkrafttreten des neuen Zolltarifes werden die Einnahmen wieder reichlicher fließen. Die wirtschaftliche Depression ist nicht die alleinige Ursache der mißlichen Lage. Die wurzelt in mangelhaften gesetzlichen Bestimmungen. Der Schwerpunkt der Vorlage liegt in der Einschränkung der französischen Klausel und in der Ordnung des Artikels 70 der Reichsverfassung. Die frandensfeindliche Klausel sollte ursprünglich den Bundesstaaten eine billige Entschädigung gewähren für das ihnen entzogene Recht der indirekten Besteuerung. Ferner sollte das Einnahmeverweigerungsrecht des Reichstages gewahrt bleiben. Der gegenwärtige Zustand entspricht aber nicht mehr den ursprünglichen Absichten. Der einmütige Beschluß der Verbündeten Regierungen, den Anfang einer rationalen Finanzwirtschaft und Einschränkung der frandensfeindlichen Klausel zu machen, bietet keinen Grund zur Beunruhigung. Der Schatzsekretär spricht die Ueberzeugung aus, daß der Schöpfer der Klausel, wenn er noch unter den Lebenden weile, eine Einschränkung derselben gleichfalls empfehlen werde. (Lachen links.) Durch die neue Fas-

sung des Artikels 70 soll die neue Fassung der Klausel unter den Schutz der Verfassung gestellt werden. Redner weist den Vorwurf zurück, daß es sich nach Aufhebung des § 2 des vorjährigen Gesetzes über die Schuldentilgung nur noch um eine platonische Schuldentilgung handle. Die neue Fassung des Artikels 70 hebt durch Unterscheidung zwischen gedeckten und ungedeckten Matrifularbeiträgen scharf den subfidären Charakter derselben hervor. Zukünftige Verschönerung der Einzelstaaten mit Matrifularbeiträgen ist um so mehr am Platze, als dies eine rohe Form der Besteuerungsart ist. Redner weist verschiedene Einwände gegen die Vorlage zurück, deren Zweck Befreiung der auf diesem Gebiete bestehenden Verworfenheit sei, und spricht die Hoffnung aus, daß es gelingen möge, eine Verständigung zu erzielen und ein Werk zu schaffen, das dem Reiche und seinen Gliedern zu dauerndem Segen gereichen werde. (Beifall rechts.)

Abg. Schädlcr (Zentr.) führt aus: Unter den ganz besonderen Umständen, unter denen die Eröffnung der ersten Session unserer Tagung vor sich ging, richtet sich der Blick naturgemäß zu des Reiches Spitze. Darum gelte auch das erste Wort dem Kaiser. Seine Stellung im Kreise der Bundesfürsten ist eine so hervorragende und uns allen ist er so nahe getreten, daß alle an seinem Gesichte den innigsten Anteil nehmen. Mit dem deutschen Volke einte sich auch das ganze Ausland in wärmster Teilnahme die Person des Kaisers. Freudigen Herzens haben wir von autoritativer Stelle von der Heilung vernommen. Wir stehen zum Himmel, daß auch die letzte Nachwirkung des Leidens bald verschwinde und der Kaiser in ungehinderter Kraft und unbehindert seinen hohen Amtes walte. (Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts.) Bei dem Willen auf unsere eigenen Verhältnisse will es mich bedünken, als ob sie nicht gerade die richtigen seien. Ich habe das Gefühl, daß wir uns in einer gewissen Isoliertheit befinden. Die Regierung möge Bedacht nehmen, jene Beziehungen auf das gewissenhafteste zu pflegen, die uns einen festen Rückhalt bieten können. Bedauerlich sei, daß der Schatzsekretär mit einem so unfreundlichen Etat aufträte. Es sei verwunderlich, daß die Vertreter der Einzelstaaten so glatt auf die Finanzvorlage eingegangen seien. Trotz schwerer Bedenken gegen sie, beantragte er Ueberweisung an die Budgetkommission. Beim Militärstat kommt Redner auf den Prozeß Wilse zu sprechen, der starke Mißbräuche im preussischen Offizierskorps bloßgelegt habe. Man solle vor diesen Schäden die Augen nicht verschließen. Anzuerkennen sei, daß der Prozeß in voller Oeffentlichkeit geführt worden sei und daß man jetzt den Offizierstand zur Einsicht zurückführen wolle. Redner kommt dann auf wirtschaftliche Fragen zu sprechen, die Bauern- und die Handelsvertragspolitik in ihrem Zusammenhange, die Handwerkerfrage in Verbindung mit dem Gewerkschaftswesen. Er beschäftigt sich dann mit der politischen Frage und kommt dabei auf Elsaß-Lothringen. Die Reichslande müssen dieselbe verfassungsrechtliche Grundlage haben wie die übrigen Staaten. Redner beschäftigt sich noch mit einer ganzen Reihe Einzelfragen, darunter auch dem Militär-Prozeß und der Haltung des Staatsanwalts dabei. Zum Schluß seiner zweieinhalbstündigen Ausführungen wendet sich Redner gegen die materialistische Weltanschauung und die Auswüchse der Pseudokunst und der Pseudoliteratur. Die Aufgabe der Regierung erschöpft sich nicht durch die Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung, sie ist auch berufen, Hindernisse zu beseitigen, die sich dem freien Willen höherer geistiger Mächte entgegenstellen. Redner ist überzeugt, daß auch im 20. Jahrhundert der ewige Jungbrunnen des Christentums Deutschland zu befruchten aufs neue imstande ist. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Darauf verlag das Haus nach 6 Uhr die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

\* Berlin, 9. Dezember.

Präsident Graf v. Helldorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Etats. Abg. v. Helldorf: Die derzeitige Finanzlage muß zu den allerernstesten Bedenken Anlaß geben. Vor allem sei die große Flottenvorlage für die Etatsentwicklung verantwortlich. Abg. v. Helldorf spricht sich gegen die Vorlage betreffend die Reichsfinanzreform aus und geht dann des Näheren auf Kiautschou ein, dessen Handel und Verkehr gleich Null sei. Deutschland sollte sein moralisches Gewicht in der Mandchurefrage in die Waagschale legen. Man könnte mit weniger als der Hälfte der Dienstzeit auskommen. Jetzt mache man auch Stimmung für ein neues Flottengeschwader. Es wäre eine Kleinigkeit für das Reich, aus den Kassen der reichenden Klassen eine Mehreinnahme von mehr als 300 000 000 M. zu schaffen. Es sei gar keine Aussicht vorhanden, Handelsverträge auf annehmbarer Basis zu bekommen.

\* Berlin, 9. Dez. Dem Reichstage ging ein Antrag Reich und Genossen zu, welcher die Verbündeten Regierungen um baldige Vorlegung eines Gesekentwurfes über das Ausverkaufswesen ersucht.

### Italienische Finanzen.

(Telegramm.)

\* Rom, 9. Dez. Deputiertenkammer. Schatz- und Finanzminister Luzzatti verliest das Finanzexposé. Zunächst legt der Minister dar, daß das Rechnungsjahr 1902/03 nach Abzug aller Ausgaben für die Eisenbahnen, Schuldentilgung und die Chinaexpedition mit einem Ueberschusse von 69 718 000 Lire abgeschlossen hat. Der Ueberschuss für 1903/04 wird nach Deduktion der gleichen Ausgaben voraussichtlich 6 Millionen Lire betragen. Für das neue Rechnungsjahr 1904/05 wird der Aktirest mit 7 220 000 Lire veranschlagt, doch wird angenommen, daß diese Schätzung durch die als sicher anzusehende Einnahmesteigerung weit übertroffen werden. Neue Ausgaben werden in der laufenden Tagung nicht vorgeschlagen. Der Betrag der Schatzanweisungen ist von 300 auf 192 Millionen zurückgegangen. Am 1. Januar 1904 werden die Zinsen der Staatsschuld, zum ersten Male seit dem Bestehen des Königreiches, ohne Vorwürfe der Notenbanken gezahlt werden können. Hierauf führte Luzzatti zur Frage der Handelsverträge aus: Die von der Regierung eingesezte Zollkommission ist zu einem von rein technischen Gesichtspunkten ausgehenden Entwurf einer beschränkten Revision des Generaltarifs gelangt, der auch veröffentlicht worden ist. Die Regierung beabsichtigt aber angesichts der guten wirtschaftlichen Wirkung der geltenden Verträge mit den mitteleuropäischen Staaten, an dem gegenwärtigen Zollregime Italiens keine dessen Wesen berührende Änderung vorzunehmen und glaubt, daß diese Vollmachten, die sie in dieser Angelegenheit besitzt,

zur Wahrnehmung der italienischen Interessen ausreichen. Der Minister bespricht sodann eingehender Mittel und Ziele einer kraftvollen Außenpolitik. Im weiteren Verlaufe seiner Darlegung beleuchtet der Minister die Verhältnisse bezüglich der Geldumlaufsmittel. Der Minister betont dabei, daß der Wechselkurs Bari erreicht hat und die Zollzahlungs-Zertifikate im Inland und das Affidavit im Auslande entbehrlich sein werden. Neben Befreiung der Staatsnoten sollen weitere Schritte zur Klüffigmachung des in Immobilien festliegenden Kapitals der Banken getan werden, sodas das Banknotensystem allmählich zur vollkommenen Gesundung kommen wird. Der Minister erklärt, daß er den Entwurf seines Amtsvorgängers über die Gesamtkonversion zurückziehe und lediglich die Konversion der 4-prozentigen Rente in 3-prozentige vorschläge. Eine Vorlage, betreffend freie Konversion der 5-prozentigen Rente in 3-prozentige werde erst nach Vorbereitung aller zur Erreichung des Zieles nötigen Mittel eingebracht werden. Für die dem Staate etwa 6 Millionen jährlich ersparende Konversion der 4-prozentigen Rente, welche keine Schwierigkeiten habe, werden die ausländischen Märkte nicht in Anspruch zu nehmen sein, wohl aber werden deren Mitwirkung für die internationalen Charakter tragende Umwandlung der 5-prozentigen Rente von hohem Werte sein.

### Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 10. Dezember.

Gestern nachmittag fand bei Ihren Königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin in Schloß Baden ein größerer Empfang statt, dem auch Ihre Königliche Hoheit die Erbgroßherzogin anwohnte. Zunächst trug der seit etwa einem Jahre in Baden bestehende Damendorf unter Leitung des Musikdirektors Veinas und Mitwirkung der Künstlerin Fräulein Le Beau in der Eingangshalle des Schloßes eine Anzahl Gefänge vor. Zu dieser Aufführung waren an Angehörige der Mitwirkenden, sowie an andere Persönlichkeiten zahlreiche Einladungen ergangen. Die Höchsten Herrschaften sprachen dann bei dem in den oberen Räumen sich anschließenden Tee die sämtlichen Anwesenden und konnten ihnen Höchsthoch ihre Befriedigung über die Leistungen des Vereins aussprechen.

\*\* Das vorgestrige Mittagsblatt Nr. 570 der „Bad. Landeszeitung“ enthält in einem Artikel über „Die Heritale Gefahr in den Gymnasien des Westens“ Behauptungen, die geeignet sind, in weiteren Kreisen eine unrichtige Vorstellung von den badischen humanistischen Mittelschulen zu erwecken, deren Nichtigkeit deshalb im Interesse des fraglichen Teiles unseres Unterrichtswesens geboten sein dürfte.

Im Anschluß an die Ausführungen eines Schulmanns in der „Kölnischen Zeitung“, in welchen ein düsteres Bild von den in den Gymnasien der Rheinlande und Westfalen herrschenden Zustände gegeben und die Aussicht auf eine größere oder geringere Meritalisierung derselben eröffnet und im einzelnen zu begründen versucht wird, stellt der Artikelschreiber die Behauptung auf, daß „was hier von den rheinisch-westfälischen Mittelschulen gesagt werde, vollinhaltlich auch von den badischen gelte“.

Diese allgemeine Charakterisierung unserer badischen gelehrten Mittelschulen soll dann mit dem Hinweis darauf begründet werden, daß auch in Baden an den Gymnasien Latein, Griechisch, Hebräisch, Arabisch, Französisch und Konfanz Internate bestehen, die nichts anderes seien, als Vorbereitungsanstalten für katholische Geistliche, Heritale Beamte, Kaufleute usw.

Der Artikelschreiber hätte aber — wenn er mißverständliche Auffassung seiner Angaben ausschließen wollte — beifügen müssen, daß die fraglichen Internate völlig selbständige kirchliche Anstalten — ausschließlich zur Unterkunft und Erziehung künftiger Heriker bestimmt — sind und daß sie mit den betreffenden Gymnasien in gar keinem anderen Zusammenhang stehen, als daß die Zöglinge derselben die Gymnasien als Schüler besuchen, was doch wohl nicht wird beanstandet werden wollen, und daß einzelne an den Internaten wirkende Lehrer in jederzeit widerruflichem staatlichem Auftrag einige Stunden Religionsunterricht an den betreffenden Gymnasien erteilen.

Was aber die Anstalt in Sasbach betrifft, welche der Artikelschreiber unter die staatlichen Gymnasien einreicht, so ist solche bekanntlich kein Gymnasium, sondern ein reines Privatunternehmen, bezüglich dessen der Schulbehörde nur die gesetzliche Aufsichtsbefugnis zusteht, die auch jederzeit im vollen Umfang zum Vollzug kam.

Daß aber der von dem rheinischen Schulmann nach verschiedenen Richtungen hin scharf charakterisierte allgemeine Geist, der in den Ausführungen als Heritaler Geist bezeichnet wird und der in den rheinisch-westfälischen Gymnasien so unheilvoll wirken soll, in den badischen Gymnasien nicht herrschend wird, dafür bieten uns schon die Männer sichere Bürgschaft, denen die Leitung der fraglichen Anstalten im staatlichen Sinn übertragen ist.

Die badischen Gymnasien sind paritätische gelehrte Mittelschulen und werden es auch bleiben. Von Umwandlung eines Teiles derselben zu einseitig konfessionellen Erziehungsanstalten, wie dies der Artikelschreiber befürchtet, kann somit auch ohne dessen Rahnruf keine Rede sein.

\*\* Auf Grund der in diesem Spätjahr abgehaltenen ersten juristischen Staatsprüfung sind folgende Kandidaten zu Rechtspraktikanten ernannt worden:

von Bayer: Ehrenberg, Konstantin, aus Mm a. D. Bender, Karl, aus Lafr, Wenjinger, Richard, aus Donauwörthingen, Clemm, Kurt, aus Mannheim, Cunn, Erwin, aus Heidelberg, Dieffenhäler, Walter, aus Mannheim, Dilger, Friedrich, aus Ueberlingen, Döb, Karl Friedrich, aus Wilingen, Edelmann, Eduard, aus Freiburg, Eibel, Bruno, aus Stuttgart, Ferdinand,



...aus Münster, Gauthier, Friedrich, aus Rastatt, ...  
...aus Rastatt, Glatte, Ernst, aus ...  
...aus Götting, Göttinger, ...  
...aus Rastatt, Gamm, Emil, aus Bruchsal, ...  
...aus Rastatt, Heigler, Arthur, aus Mann- ...  
...aus Rastatt, Guegel, Josef, ...  
...aus Rastatt, Kiefer, Richard, aus Engen, ...  
...aus Rastatt, Kraske, Erich, aus Halle a. S., ...  
...aus Rastatt, Kuhn, ...  
...aus Rastatt, Meyer, Karl, aus Nieder- ...  
...aus Rastatt, Meyer, Hans, aus Forstheim, ...  
...aus Rastatt, Pfisterer, Wilhelm, aus Wiesloch, ...  
...aus Rastatt, Walthers, aus Stuttgart, ...  
...aus Rastatt, Roth, Alfred, ...  
...aus Rastatt, Sauer, ...  
...aus Rastatt, Schmidt, Friedrich, aus He- ...  
...aus Rastatt, Stellberger, Karl, aus Gernsbach, ...  
...aus Rastatt, Strauß, ...  
...aus Rastatt, Völlmar, Ernst, ...  
...aus Rastatt, Wagner, Alois, aus Hühbrunn, ...  
...aus Rastatt, Wolf, Hans, aus ...

Er stehe auf dem weiteren Standpunkt, daß man an nicht zu  
benutzenden Stellen auf den Feldern Heden anpflanze, um den  
kleinen Sängern und Insektenvertilgern wieder einen Schutz  
zu gewähren.  
Geh. Oberregierungsrat Dr. Krens erklärt, daß die Re-  
gierung mit dem Antrag des Mitberichterstatters sich einber-  
standen erkläre, der sich auch im Einklang befindet, mit dem  
neuesten Stand der Wissenschaft. In dem jüngsten Werke auf  
diesem Gebiete werde dargestellt, daß in der Hauptsache nur die  
jüngeren Vögel schädlich seien, die andere Vögel verzehren. Der  
Antrag decke sich endlich mit der von der Regierung eingehal-  
tenen Praxis, wie auf die Geseßgebung selbst.  
Nach kurzen Bemerkungen des Oekonom Dingen II, der für  
den Antrag Dreher eintritt, wird der Antrag Schmidt mit gro-  
ßer Mehrheit angenommen.  
Es folgt die Erörterung verschiedener landwirtschaftlicher  
Frage, worauf der Vorsitzende über die Erledigung der Be-  
schlüsse der letzten Tagung, sowie über die Beschlüsse der letzten  
Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats Bericht erstattet.  
Landtagsabgeordneter Neuwirth ergreift das Wort zu der  
dem Landwirtschaftsrat vorgelegten Denkschrift über die Ent-  
wicklung des **genossenschaftlichen Getreideabfahes** und begrüßt  
diese Einrichtung besonders im Interesse der kleinen Landwirte.  
Zu bemängeln sei aber der Anbau der verschiedensten Sorten  
und vor allem die Anpreisung der verschiedensten Sorten im  
Inseratenteil des „Landwirtschaftlichen Wochenblattes“. Bei  
der Gründung von Abfahgenossenschaften müsse deshalb darauf  
geachtet werden, daß eine einheitliche Sorte, besonders der  
Gerste, erzielt werde, dann würde man auch bessere Preise er-  
zielen.  
Geh. Oberregierungsrat Dr. Krens führt zu dieser Frage  
aus, daß die Regierung durch Belehrung darauf hinzuwirken  
sühe, eine Einheitlichkeit des Getreideabfahes nach und nach ein-  
zuführen; dieselbe werde auch durch die jährlichen Gersteaus-  
stellungen gefördert werden.  
Posthalter Haller bemängelt, daß in den Lagerhäusern  
auch der Mehlertrieb eingeführt sei, das schädliche die kleinen  
Müller und Bäckereien auf dem Lande.  
Geh. Kommerzienrat Reich hebt dem gegenüber hervor, daß  
dieser Mehlertrieb gerade im Interesse der kleinen Müller ge-  
schehe sei, denn dieses Mehl werde gerade den kleinen Müllern  
zum Vertrieb in den Lagerhäusern abgenommen. Landtags-  
abgeordneter Schüler weist darauf hin, daß die Abfah-  
genossenschaften auch eine erzieherische Aufgabe nach der Rich-  
tung habe, daß sie den Kleinbauern immer wieder darauf auf-  
merksam machen, das Getreide gereinigt abzuliefern, kurz und  
gut, ein marktfähiges Getreide herzustellen. Er hoffe, daß die  
Regierung auch wie bisher zu den Institutionen der Abfah-  
genossenschaften Zuschüsse gewähren werde.  
Minister des Innern, Dr. Schenkel: Es ist ganz zutref-  
fend, daß wie Geh. Kommerzienrat Reich ausgeführt, auch bei  
einer weiteren Ausbildung der Lagerhäuser dieselben nicht zu  
einem wesentlich höheren Preise das Getreide abnehmen können,  
als der Marktpreis beträgt. Die Vorteile der Lagerhäuser sind  
aber infolgedessen von erheblicher Bedeutung, als stets ein regel-  
mäßiger Abnehmer da ist, der das Getreide mit den besten Prei-  
sen sofort bezahlt, die nach der Marktlage möglich sind. Der  
zweite Vorteil ist der, daß die Einführung der Getreidelager  
auch einen erzieherischen Einfluß auf die Landwirtschaft aus-  
üben sollen, denn sie nötigen unseren kleinen Landwirt, hinsicht-  
lich der Saatzwahl das Beste auszuwählen und sein Getreide in  
guter Qualität abzuliefern oder im Lagerhaus zu lagern.  
Unbegründet ist die gehetzte Befürchtung, der Staat werde seinen  
Zuschuß zurücknehmen. Dieselben werden in doppelter Weise  
gewährt: durch einmaligen und periodischen Zuschuß zu den  
Kosten des Zentralbureaus in Mannheim, das erst die Errich-  
tung verschiedener Lagerhäuser und den geordneten Absatz der  
dort angesammelten Vorräte ermöglicht hat. Was aber von  
besonderem Wert für das Bureau ist, das ist das, daß das Zen-  
tralbureau seine Betriebskapitalien, mehrere hunderttausend  
Mark, aus der Staatskasse zu einem sehr billigen Zinsfuß vor-  
geschossen erhält. Dies verdanken wir dem Finanzministerium,  
das ein warmes Herz für die Landwirtschaft besitzt. Und es  
würde auch in Zukunft möglich sein, sowohl dem Zentralbureau,  
als den Lagerhäusern finanzielle Beihilfe zu gewähren. Die  
Regierung habe einen erheblichen Teil der Kosten der einzelnen  
Lagerhäuser, nämlich teilweise bis zu einem Drittel, durch Zu-  
schüsse getragen; ähnlich solle auch in Zukunft nach dem Stande  
der im Budget verfügbaren Mittel verfahren werden. Die in  
dieser Weise aufzuwendenden Summen werden voranschrittlich  
nicht zu hoch sein; die Errichtung von Lagerhäusern in den  
verschiedenen Landesteilen sei jetzt in gute Wege geleitet, aber  
auch hier solle man nicht zu rasch vorgehen, sondern darüber  
zuerst ins Klare zu kommen suchen, wie groß für die noch  
zu errichtenden Lagerhäuser die Absatzgelegenheit sei. Des-  
halb sei es notwendig, sich planmäßig ein Bild zu entwerfen,  
in welcher Weise in den verschiedenen Landesteilen mit dieser  
Einrichtung vorgegangen werden soll.  
Nachdem die Denkschriften über das Ergebnis der Erhebungen  
über den Anbau von feineren Obstsorten und Gemüsen auf dem  
Felde, und über die Abänderung des Reichsviehseuchengesetzes  
zu einer Debatte nicht geführt hatten, schließt der Präsident die  
Sitzung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf Seine  
königliche Hoheit den Großherzog, den hohen Förderer  
der geistigen und wirtschaftlichen Interessen unseres badischen  
Seimatlandes.

**Badischer Landwirtschaftsrat.**  
II.  
Karlsruhe, 10. Dezember.  
Präsident Klein eröffnet gegen 10 Uhr die Sitzung. Sei-  
tens der Regierung sind, wie gestern, Seine Excellenz Minister  
des Innern, Dr. Schenkel, nebst den landwirtschaftlichen  
Referenten des Ministeriums des Innern erschienen.  
Landtagsabgeordneter Dreher berichtet über den Antrag  
der Direktion des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins Rastatt,  
die **Berichtigung der der Landwirtschaft schädlichen Vögel** betr.  
Die Schädlinge kommen nach der Ausführung der Vereinsdirek-  
tion in Betracht die Raben, die Fäher, die sogenannten Würger  
und die Eichhörnchen. Begründet erscheine ihm die Vorlage  
nur in bezug auf die Raben, welche im Späthjahr, wenn die  
Saat zu keimen beginne, zu hunderten auf die Saatsfelder sich  
niederlassen und durch das Auspicken der keimenden Saat die  
Getreidefelder schwer schädigen. Sein Antrag bestehe sich dem-  
nach in der Hauptsache auf die Raben; derselbe hat folgen-  
den Wortlaut:  
„Der Landwirtschaftsrat wolle die von dem Landwirt-  
schaftlichen Bezirksverein Rastatt gegebene Anregung der  
Großh. Regierung als zu beachtendes Material zur Kenntnis  
übergeben mit der Bitte, auf Grund vorstehender Aus-  
führungen und weiterer Erhebungen bei Sachverständigen  
geeignete Schritte zur Bekämpfung der in Frage stehenden  
Schädlinge im Verordnungswege oder durch landesgesetz-  
liche Vorschriften veranlassen zu wollen.“  
Es sollen in dieser Richtung Schutzprämien gewährt werden,  
wobei der Berichterstatter die Frage offen läßt, ob eine gänzliche  
Ausrottung oder nur eine Dezimierung dieser Vögelart not-  
wendig erscheine. Jedenfalls bestehe kein Zweifel darüber, daß  
die Frühjahrssaat durch dieselben schwer geschädigt werde.  
Ein etwas anderen Standpunkt nimmt zu dieser Frage der  
Mitberichterstatter, Oekonomrat Schmidt von Freiburg, ein,  
dessen Antrag dahin geht:  
Der Badische Landwirtschaftsrat wolle beschließen:  
„Es sei der Großh. Regierung die von dem Landwirt-  
schaftlichen Bezirksverein Rastatt gegebene Anregung zwar  
zur Kenntnis vorzulegen, die Großh. Regierung sei jedoch  
zu ersuchen, weder im Verordnungswege, noch durch lan-  
desgesetzliche Vorschriften eine förmliche Ausrottung dieser  
Vögel zu bewirken, wie schädlichen Tiere zu sanktio-  
nieren.“  
Der Mensch sollte in der Korrektur der Natur doch etwas vor-  
sichtig sein; die Nützlichkeit der in Frage kommenden Vogel-  
arten und Schädlinge zeige sich mehr im Stillen, während der  
Schaden, beispielsweise der Raben, vor aller Augen sich zeigt.  
So über der Raube die beste Schutzpolizei aus, die allerdings nicht  
so leicht zu beschaffen sei. Scharfe Beobachter unter den Naturforschern,  
wie Dr. Krens und andere, behaupteten, daß durch den Tod einer  
anzahlreichen Art der Land- und Forstwirtschaft ein weit grö-  
ßerer Schaden erwachse, als zehn lebende durch ihre zeitweiligen  
Näheren anstellen können. Ein anderer Naturforscher,  
H. A. Mann, erzählte, daß er in den Kröpfen geschossener Krä-  
hen und Bussarde in starken Mäusejahren oft 6 bis 7 Mäuse  
in einem Vogel vorgefunden habe. Die Krähen verhinderten  
aber auch vielfach die räuberische Tätigkeit schädlicher Raub-  
vögel, wie die des Habichts und Sperbers, indem sie dieselben  
mit lautem Geschrei begrüßen und die kleinen Vögel auf die  
Näheren aufmerksam machen. Dem Schaden stünde also  
auch ein bedeutender Nutzen gegenüber, der wohl in der Beur-  
teilung des Rastatter Antrags berücksichtigt werden müsse. Auch  
der Fäher, der nur vereinzelt vorkomme, sei ein eifriger In-  
sektenjäger, so daß eine Ausrottung um so weniger angezeigt  
erscheine, als der landwirtschaftliche Schaden durch diese hübsche  
Vögel nur ein geringer sei. Ähnlich verhalte es sich mit  
den sogenannten „Würgern“, auch bei dem Eichhörnchen, dem  
mannteren, tierischen Tierchen, liege kein zwingender Grund zu  
weiteren Verfügungsmaßnahmen vor.  
In der Debatte spricht sich Seine Durchlaucht Prinz zu  
Sachsen für den Schmidtschen Antrag aus, da der Mensch  
nicht die Aufgabe habe, den Haushalt der Natur zu korrigieren.

**Die Vorgänge am Panama-Isthmus.**  
(Telegramme.)  
\* Kopenhagen, 10. Dez. Der König hat die Republik  
Panama als selbständigen Staat anerkannt.  
\* Washington, 10. Dez. Man glaubt hier, daß die kolum-  
bischen Truppen die Grenze von Panama nicht  
überschreiten werden, ohne weitere Befehle aus Bogota er-  
halten zu haben. Letztere würden von den Berichten der kolum-  
bischen Kommissare, Reyes, Jimenez und Blanco, abhängen, die  
am 7. d. M. die Rückreise von Washington nach Karthage  
angetreten haben.  
**Neueste Nachrichten und Telegramme.**  
\* Bern, 10. Dez. Der Ständerat hat mit 26 gegen  
13 Stimmen den Vertrag mit Italien betreffend  
die Uebertragung der italienischen Simplonkon-  
zeptionen an die Eidgenossenschaft genehmigt.  
\* London, 10. Dez. Der „Standard“ meldet aus Tanger  
vom 9. d. M.: Sid Mohammed Gabbas ist von der  
algerisch-französischen Grenze zurückbeordert worden, um der  
Nachfolger Menchis als Kriegsminister zu werden.  
\* Stockholm, 10. Dez. Die organisierte Arbeiterschaft sprach  
sich in 9 Versammlungen gegen die Einführung von Pro-  
portionalwahlen zur Zweiten Kammer aus.  
\* Christiania, 10. Dez. Das Storting verwarf  
einstimmig die Vorlage, betreffend Einführung des staats-  
bürgerlichen Wahlrechts für Frauen. Der Prä-  
sident verlas vor der Abstimmung ein Schreiben des Frauen-  
wahlrechtsvereins, in dem die Forderung auf Annahme der Vor-  
lage ausgesprochen wird.

\* Madrid, 9. Dez. Der Erzbischof von Valencia, Kar-  
dinal Ferrero, ist gestorben.  
\* Madrid, 10. Dez. Seine Majestät der König ist gestern  
abend nach Lissabon abgereist.  
\* Barcelona, 10. Dez. Vier verbreiten die Anarchisten  
heimlich Plakate mit Drohungen gegen die Staatsgewalt. Die  
Polizei hat eine Reihe von Hausdurchsuchungen vorgenommen.

**Verschiedenes.**  
† Berlin, 10. Dez. Seine Majestät König Eduard  
von England hat, der „Post“ zufolge, 1000 M. für das in  
Stolp zu errichtende Märtyrerdenkmal gespendet. Der König  
ist Chef des dortigen Husarenregiments „Fürst Wacker von  
Wahlstatt“.  
† Stuttgart, 10. Dez. (Telegr.) Heute schließen die Be-  
ratungen der europäischen Fahrplan-Konferenz  
ab. Haupterfolg der Konferenz ist eine erhebliche Verbesserung  
der Verbindungen zwischen Deutschland und dem Engadin.  
† München, 10. Dez. Wie die „M. N.“ melden, stifteten  
der Münchener Hofkapellmeister Erdmannsdorffer und  
seine Gemahlin, Frau Erdmannsdorffer-Fichtner, einen Betrag  
von 130 000 M., dessen Zinsen nach dem Tode der Stifter zu-  
gunsten pensionierter Hofmusiker zu verwenden  
sind.  
† Paris, 10. Dez. Die Kommission der Deputiertenkammer  
zur Untersuchung der Humbert-Affäre vernahm in ihrer ge-  
strigen Sitzung den ehemaligen Bezirksamt von Carcassonne,  
Groß, der aufklären sollte, unter welchen Umständen ein rei-  
cher Fabrikant, namens Bruguière, den Humberts 1/2 Mil-  
lionen geliehen habe, nämlich angeblich, weil diese die Begnadig-  
ung seines wegen Desertion verurteilten Sohnes durchgesetzt  
hätten. Groß hörte diese Sache im Jahre 1892 in Carcassonne  
im Hause seines Onkels, Vidal. Man habe sich an den damals  
sehr einflussreichen Deputierten von Toulouse, Conrants, den  
gegenwärtigen Senator und Posthalter in Konstantinopel, ge-  
wandt, der erklärt habe, die Sache würde mindestens 1/2 Mil-  
lionen kosten. Bruguière habe diese Summe durch Vermittlung Vidals  
Conrants übergeben. Im Hause Vidals befinden sich die Schrift-  
stücke. Die Aussagen des Groß riefen in der Kommission leb-  
hafte Verblüffung hervor. Sie beschloß, die Beschlagnahme der  
Schriftstücke bei Vidal zu verlangen. — Von den Blättern wer-  
den die Aussagen des Groß zum Teil ziemlich skeptisch aufge-  
nommen.

**Stand der Badischen Bank**  
am 7. Dezember 1903.  
Aktiva.  
Metallbestand . . . . . 7 884 599 M. 10 Pf.  
Reichskassenscheine . . . . . 15 570 „ „  
Noten anderer Banken . . . . . 836 400 „ „  
Wechselbestand . . . . . 22 009 180 „ 12 „  
Kombardforderungen . . . . . 10 175 745 „ „  
Effekten . . . . . 169 781 „ 54 „  
Sonsige Aktiva . . . . . 2 105 704 „ 28 „  
43 186 980 M. 04 Pf.  
Passiva.  
Grundkapital . . . . . 9 000 000 M. — Pf.  
Reservefond . . . . . 1 982 087 „ 58 „  
Umlaufende Noten . . . . . 18 474 900 „ „  
Täglich fällige Verbindlichkeiten . . . . . 12 648 432 „ 28 „  
An Kündigungskasse gebundene Ver-  
bindlichkeiten . . . . . 1 081 560 „ 18 „  
Sonsige Passiva . . . . . 43 186 980 M. 04 Pf.  
Die weiter begebenen, noch nicht fälligen deutschen Wechsel  
betragen 627 430 M. 16 Pf.  
Die Direktion der Badischen Bank.

**Wetter am Mittwoch, den 9. Dezember 1903.**  
Swinemünde und Chemnitz heiter; München ziemlich heiter;  
Neufahrwasser und Breslau trüb; Münster und Reg. nachmittags  
Regen; Hamburg nachts Regen.  
**Wetternachrichten aus dem Süden**  
vom 10. Dezember 1903, 7 Uhr früh.  
Triest heiter 8 Grad; Nizza bedeckt 7 Grad; Florenz  
wolkenlos 1 Grad; Rom wolkenlos 4 Grad.  
**Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrog.**  
vom 10. Dezember 1903.  
Die Luftdruckverteilung hat sich seit gestern nur insofern  
etwas geändert, als sich die Depression, welche am Vortag nord-  
westlich der britischen Inseln gelegen war, auf diese selbst ver-  
legt hat. Das Wetter ist in Deutschland mild, vielfach heiter,  
stellenweise fällt aber auch Regen. Trübes und mildes Wetter  
mit Niederschlägen ist zu erwarten.

**Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.**

Dezember	Barom.	Therm.	Abf. feucht.	Wind	Himmel
9. Nachts 9 <sup>u</sup>	742.7	5.0	5.9	90	☉ bedeckt
10. Morgs. 7 <sup>u</sup>	742.7	5.8	6.5	94	☉ „
10. Mittags. 2 <sup>u</sup>	742.4	7.8	7.9	100	☉ „

1) Regen und Nebel  
Höchste Temperatur: am 9. Dezember: 7.5; niedrigste in der  
 darauffolgenden Nacht 4.5.  
Niederschlagsmenge des 9. Dezember: 2.0 mm.  
Wasserstand des Rheins. Magau, 10. Dezember: 3.86 m,  
 gefallen 4 cm.  
Verantwortlicher Redakteur: Julius Kätz in Karlsruhe.

**G. SCHMIDT-STAUß**  
Karlsruhe  
154 Kaiserstrasse, gegenüber d. Post.  
**UHREN \* JUWELEN**  
Feine Gold- und Silberwaren.  
Spezialitäten: Präzisionsstaschenuhren.  
Brillantschmuck. Perlen  
Silberne Bestecke. Tafelgeräte.  
Auswahlsendungen nach auswärts bereitwilligst.



500.1

# Spezial-Geschäft

für feine Kunstgewerbliche Gegenstände, Galanterie-Waren, Fantasie-Möbel, Schmuck-Gegenstände, Leder-, Majolika-, Zinn-, Porzellan-, Haushalt-, Glas-Artikel, Fächer jeder Art, Luxus-, Reise-, Holz-, Toilette-Artikel, Seifen, Parfümerien etc.

Fernsprech-Anschluss No. 213 — Kaiserstrasse 104 — Karlsruhe.

# FRIEDRICH BLOS

Grossh. Hoflieferant  
F. Wolf & Sohn's Détail.

**Victor Merkle**  
Großh. Hoflieferant,  
empfiehlt  
eine große Partie  
**junge Erbsen**

in 1 kilo-Dosen à 48 Pf.,  
10 Dosen à 45 Pf. in reeller  
Packung.



Verwandten, Freunden und Bekannten zeigen wir  
schmerzerfüllt an, dass unser lieber, guter Vater,

Herr Oberamtsrichter a. D.

## Franz Neumann

am Mittwoch, den 9. Dezember, mittags 12 Uhr  
im Alter von 93 Jahren, 8 Monaten, 15 Tagen  
sanft und friedlich entschlafen ist.

Freiburg i. Br., den 9. Dezember 1903.

Medizinalrat Dr. Franz Neumann,  
Bezirksarzt in Baden-Baden  
mit Familie,

486

Dr. Ludwig Neumann,  
Universitätsprofessor in Freiburg  
mit Familie.

## Wilhelm Kronenwett,

Weinhandlung,

Kontor: Hirschstr. 64,

Telephon-Ruf 1277.

Kellereien: Karlsruhe u. Ihringen a. Kaiserstuhl.

Vorzügliche Tischweine im Fass und Literflaschen.

Hervorragende Flaschenweine

aus ersten Gütern.

Mindest-Abgabe 20 Liter oder Flaschen.

Haupt-Dépôt der Sektkellerei **Henkell & Co., Mainz.**

**„Henkell Trocken“**

372.2

die Bekömmlichste der deutschen Sekt-Marken.

## Friedr. Emil Meyer

Kaiserstrasse 82 a

empfiehlt als praktische Weihnachtsgeschenke in auf's reichhaltigste  
assortiertes Lager 430.2

eleganter Neuheiten in feiner  
Herren-Wäsche und Herren-Modeartikel

in nur guten, empfehlenswerten Qualitäten zu den billigsten Preisen.

## Wilhelm Zeumer

Telephon 274

Karlsruhe

Kaiserstr. 127

Altrenommiertes

## Pelzwaren-Geschäft

60.5

En gros

Fabrikation

En détail

### Aparte feine Neuheiten

(Deutsche, franz. und amerik. Moden)

in Pelz-Stolas  
Pelz-Krawatten  
Pelz-Colliers

Pelz-Baretts  
Pelz-Muffen  
Pelz-Kindergarnituren

Pelz-Jacquetts  
Pelz-Mänteln nach Mass  
garantiert tadellos Sitz

Ferner Spezialmagazin in Pelz-Teppichen:

Ziegen-Decken  
grosse Nr. von Mark 6.— an.  
Ziegen-Vorlagen  
von Mark 2.— an.

Angora-Vorlagen  
von Mark 4.50 an.  
Raubtier-Felle  
mit und ohne natural. Köpfen.

Wagen- und Schlitten-  
Decken, Fusskörbe und  
Fussäcke etc. etc.

## Weihnachts-Verkauf. Gold- und Silberwaren

verkauft bei Barzahlung mit

**10-20 Prozent Rabatt.**

Bestecke und massiv goldene Trauringe 5 Prozent Rabatt.  
Altes Gold und Silber nehme in Zahlung. 53

**Eugen Brecht, Juwelier,**  
Waldstrasse 31. \* Gegenüber dem Colosseum.

## Kaiser Friedrich Quelle

OFFENBACH a. M.

Vornehmstes Tafelwasser  
für Gichtiger unentbehrlich

Generalvertreter: **Wilh. Engel, Karlsruhe, Markgrafenstrasse 26.**

## Zu Weihnachten

empfehle mein

reich ausgestattetes Lager

394.2

**Korsetten zu bekannt billigsten Preisen**

mit 10-20 % Rabatt.

**Gg. Baur Wwe.,**  
22 Waldstrasse 22.

Versäumen Sie nicht, vor Anschaffung eines

## Klaviers

sich an die Firma **M. Hack, Karlsruhe, Ecke der Krieg-  
und Ruppurrerstrasse 2, 2 Treppen, zu wenden.**

Dort finden Sie die schönste Auswahl vom billigsten Lern-  
klavier bis zum ideal vollkommensten Concert-Piano.  
Die Ersparnisse für Ladenmiete, Geschäftsführer, Buchhalter etc.  
lässt die Firma ihren Käufern zugut kommen, daher kauft man  
bei ihr erstaunlich billig. Der grosse, stets wachsende Umsatz  
ist der beste Beweis. Gespielte Instrumente werden in Tausch  
genommen. Abschlagszahlungen bewilligt.  
Reparaturen und Stimmungen von Klavieren werden  
zuverlässig und billig besorgt. 126.39

## Zu Geschenken aller Art,

sowie zum Selbstgebrauch empfehle:

Schreibmappen, Schreibunterlagen, Brieftaschen, Zigarren-Etuis,  
Necessaires, Herren- und Damen-Tressors in allen Preislagen, Schreib-  
zeuge, Reisehandtaschen, Marktaschen, Briefkasten, weiß und farbig,  
in großer Auswahl. 930.4

Offenes Briefpapier u. Favorits in bester Qualität. Auf Weihnachtseinkäufe gewähre Rabatt.  
**Wilh. Ringwald,**  
53 Waldstraße 53, zwischen Kaiserstraße und Ludwigplatz.

## Karl Baumann

Karlsruhe, Akademiestr. 20

Spezialgeschäft

für in- und ausländische

Flaschenweine

Champagner

Spirituosen

ferner 417.2

Lipton-Tee

Kakao, Schokolade, Vanille, Ge-  
schenkkörbe, Versandkistchen.

511. Karlsruhe.

## Groß. Bad. Staats- Eisenbahnen.

Mit Wirkung vom 10. Dezember 1903  
werden für die Beförderung von Eisen  
und Stahl usw. in Ladungen zu 10 t  
von Neudorf nach Basel und Schöff-  
hausen ermäßigte Frachttarife eingeführt.  
Nähere Auskunft erteilt unser Ver-  
kehrsbureau.  
Karlsruhe, den 10. Dezember 1903.  
Groß. Generaldirektion.

## Tirol-Borarlberg-Süddeutscher Güterverkehr.

Die Gültigkeit des in den Heften 1  
und 2 vorgezeichneten Ausnahmestarfs  
Nr. 9 (Düngemittel usw.) wird für die  
Zeit vom 1. Januar 1904 bis auf  
Widerruf, längstens jedoch bis 31.  
Dezember 1904 verlängert.

Karlsruhe, den 8. Dezember 1903.  
Namens der beteiligten Verwaltungen  
Groß. Generaldirektion  
der Badiischen Staats-Eisenbahnen.

## Groß. Bad. Staats- Eisenbahnen.

Für das Elektrizitätswerk Offenburg  
ist die Lieferung und betriebsfertige  
Aufstellung einer

## Rückföhlanlage

für ca. 6300 kg Stundendampf im  
öffentlichen Wettbewerb zu vergeben.  
Die Angebote müssen mit der Auf-  
schrift „Vergabung der Rückföhlanlage“  
bis Samstag, den 16. Januar 1904  
eingelassen sein. 471.1

Die näheren Bedingungen werden,  
soweit der Vorrat reicht, auf portofreies  
Ansuchen von mir abgegeben.  
Offenburg, den 8. Dezember 1903.  
Groß. Maschineninspektor.

437. Karlsruhe.

## Bekanntmachung.

Die gewerksmäßige Aus-  
übung des Fußbeschlages be-  
treffend.

Der erste Lehrkurs im kommenden  
Jahre an den Fußbeschlageschulen  
zu Tauberbischofsheim, Mannheim, Kar-  
lsruhe, Freiburg und Neßfisch wird am  
4. Januar beginnen.

Gesuche um Aufnahme sind abzu-  
geben an den Vorstand derjenigen Schule,  
welche der Geschäftsteller be-  
suchen will. Auskunft über die Auf-  
nahmebedingungen, über die Kosten  
des Unterrichts und den Lehrplan er-  
teilen auf Anfrage die betreffenden  
Groß. Bezirksämter.  
Karlsruhe, den 1. Dez. 1903.  
Groß. Ministerium des Innern.

J. A.  
Seil.  
Gollerbach.

Karlsruhe.

In das Vereinsregister ist am  
O. 3. 24 Seite 155/6 zur Firma  
Oberrheinischer geologischer Verein  
in Karlsruhe

eingetragen:

Nr. 2. Professor Dr. Steinmann  
ist aus dem Vorstand ausgeschieden.  
In der Hauptversammlung vom 1.  
April 1903 wurde Geheimrat Dr.  
Dr. Lepsius in Darmstadt als Vor-  
sitzender wieder und Privatdozent  
Dr. Paulke, Freiburg i. B., als Stell-  
vertreter des Vorsitzenden neu in den  
Vorstand gewählt.  
Karlsruhe, den 7. Dezember 1903.  
Groß. Amtsgericht III.

Verlag von Paul Waage (in Frei-  
burg i. B. **Großherzog Friedrich**  
von Baden. Neben u. Rundgebundene  
1852-1896. Mit Portrait.  
billige Ausgabe 3.50 M., fein ge-  
4.50 M. In allen Buchhandlungen